



Regierungsrat, 9102 Herisau

Büro des Kantonsrates

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 27. November 2024

Schriftliche Anfrage Silvan Graf, Heiden; «PFAS in Appenzel Ausserrhoden»; Antwort des Regierungsrates

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 8. September 2024 reichte Kantonsrat Silvan Graf, Heiden, eine schriftliche Anfrage zu «PFAS» Appenzel Ausserrhoden ein.

Der Regierungsrat beantwortet die gestellten Fragen wie folgt:

Vorbemerkungen

Bei per- und polyfluorierten Alkylverbindungen (PFAS) handelt es sich um eine Gruppe von mehreren tausend industriell hergestellten Chemikalien. Seit den 1970er-Jahren werden PFAS in grossem Umfang eingesetzt, da viele davon fett-, schmutz- und wasserabweisend sowie thermisch und chemisch äusserst stabil sind. Diese Stoffeigenschaften sind vorteilhaft und nützlich in einer Vielzahl an Produkten und Prozessen. PFAS rücken aber zunehmend in den Fokus von Umwelt- und Gesundheitsbehörden, weil sie problematisch für die Umwelt und die Gesundheit sind.

Aufgrund von Hinweisen zu möglichen PFAS-Hotspots in Appenzel Ausserrhoden wurde zuhanden des Regierungsrates ein Statusbericht mit Massnahmenvorschlägen unter anderem für den Beprobungsablauf und deren Folgen im Kanton erstellt. Dabei legte der Regierungsrat den Fokus auf den Schutz der Gesundheit des Menschen und die Lebensmittelsicherheit.

Eine Beeinträchtigung der Gesundheit kann durch den Konsum von mit PFAS belasteten Lebensmitteln entstehen. Es ist dem Regierungsrat daher wichtig, dass die PFAS-Belastung insbesondere von im Kanton produzierten Lebensmitteln reduziert wird. Dementsprechend soll ein Beprobungs- und Massnahmenkonzept erstellt werden, das eine Kaskade enthält und mit Trinkwasser und Milch beginnt. Weitere Lebensmittel oder Bereiche können dazukommen, sofern die Notwendigkeit für weitere Untersuchungen gegeben ist. Im Einzelfall kann dies auch Bodenproben zur Folge haben und in der Konsequenz auch eine Änderung der Bewirtschaftung der betroffenen Böden.



Der Regierungsrat hat das One Health-Koordinationsgremium mit der Bearbeitung der PFAS-Problematik beauftragt. Darin haben die für die Thematik relevanten Amtsstellen Einsitz.

Antwort auf Frage 1

«Wie schätzt die Regierung die Gefahr einer PFAS-Kontaminierung von Nahrungsmitteln sowie des Grund- und Trinkwassers im Kanton Appenzell Ausserrhoden ein?»

Sämtliche öffentlichen Wasserversorgungen in Appenzell Ausserrhoden sind bereits auf PFAS-Rückstände untersucht worden. Dabei wurde festgestellt, dass kein Trinkwasser die geltenden Schweizer Höchstwerte überschreitet. Selbst die strengeren Werte der Europäischen Union, die voraussichtlich im Jahre 2026 in der Schweiz eingeführt werden, werden überall eingehalten. Das Trinkwasser in Appenzell Ausserrhoden kann also nach heutigem Kenntnisstand bedenkenlos konsumiert werden. Im Kanton bestehen vier Messstellen der nationalen Grundwasserbeobachtung («NAQUA-spez»-Programm). Diese werden inskünftig routinemässig auch PFAS-Werte erheben.

Zu den weiteren Lebensmitteln verfügt der Regierungsrat noch über kein vollständiges Bild der Situation. Zurzeit laufen Untersuchungen von Milch- und Fischproben. Diese werden in Zusammenhang mit dem Statusbericht für den Regierungsrat ausgewertet und im Beprobungs- und Massnahmenkonzept festgehalten. Es wird davon ausgegangen, dass einzelne Proben erhöhte Werte aufweisen könnten. Es werden verhältnismässige Massnahmen geprüft, um allenfalls erhöhte Werte in Lebensmitteln zu reduzieren und damit die Gesundheit von Menschen besser zu schützen.

Antwort auf Frage 2

«Werden in Appenzell Ausserrhoden Nahrungsmittel, Böden und Quellen auf PFAS analysiert?»

Wie eingangs erläutert, wurde ein Statusbericht für den Regierungsrat erarbeitet, welcher als Arbeitsgrundlage für weitere Schritte dienen wird. Darauf basierend soll in einem nächsten Schritt ein Beprobungs- und Massnahmenkonzept erstellt werden.

Antwort auf Frage 3

«Falls Ja, in welcher Häufigkeit und seit wann finden diese Tests statt? Falls nein, wieso nicht?»

Die ersten Trinkwasseruntersuchungen erfolgten bereits vor einigen Jahren. Über die Ergebnisse wurde regelmässig berichtet (siehe Jahresberichte des Interkantonalen Labors). Zudem hat das Amt für Umwelt bereits einige Jahre vor den aktuellen Ergebnissen im Kanton St.Gallen begonnen, PFAS in den wesentlichen Bereichen der Umwelt zu erfassen.

Für weitere Untersuchungen ist es zwingend erforderlich, ein koordiniertes und verhältnismässiges Vorgehen sicherzustellen, welches die Lebensmittelsicherheit, die Situation der betroffenen Betriebe und die Rahmenbedingungen des Kantons berücksichtigt. Der erwähnte Statusbericht dient dem Regierungsrat dabei als internes Arbeitsinstrument.



Antwort auf Frage 4

«Wurde bereits ein PFAS-Beprobungskonzept entwickelt, um belastete Standorte zu identifizieren? Falls nein, wieso nicht?»

Dem Regierungsrat ist bewusst, dass auf dem Kantonsgebiet PFAS-Risiken bestehen könnten. Er ist aber der Ansicht, dass man zur Bekämpfung von PFAS überkantonale, wenn nicht sogar nationale, handeln muss.

Aufgrund der Ereignisse im Nachbarkanton St.Gallen hat der Regierungsrat daher dem bereits bestehenden One Health-Koordinationsgremium den Auftrag erteilt, einen Statusbericht für das Gebiet von Appenzell Ausserrhoden zu erarbeiten. Mit dem Statusbericht wird sich der Regierungsrat bis Ende Jahr auseinandersetzen und das weitere Vorgehen beschliessen.

Antwort auf Frage 5

«Hat der Kanton Appenzell Ausserrhoden eine Übersicht auf welchen Flächen, wann und wieviel Klärschlamm ausgebracht wurde?»

Es gibt Daten zu Klärschlammlieferungen für mehrere Jahre, bevor die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung 2006 verboten wurde. Die vorhandenen Daten werden ausgewertet und bei den Abklärungen von möglichen kritischen PFAS-Standorten berücksichtigt.

Antwort auf Frage 6

«Wann und wie werden die Öffentlichkeit und die betroffenen Landwirtschaftsbetriebe informiert?»

Der Regierungsrat beabsichtigt die Öffentlichkeit über sein geplantes Vorgehen zu informieren, sobald er dieses aufgrund einer ausreichenden und gründlichen Analyse beschliessen kann.

Landwirtschaftsbetriebe werden vor einer Beprobung auf ihrem Betrieb informiert und erhalten Resultate zu den Untersuchungen ihrer Produkte. Sind Massnahmen nötig, so wird mit ihnen zusammen das weitere Vorgehen besprochen.

Antwort auf Frage 7

«Welche Unterstützungsmassnahmen sind für die betroffenen Betriebe vorgesehen?»



Der Regierungsrat prüft mögliche Unterstützungs- und Beratungsangebote für die betroffenen Betriebe sowie den Einsatz einer Begleitgruppe, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Landwirtschaft sowie der Fleisch- und Milchbranche.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber